



## Newsletter 1/2023

Liebe Mitglieder,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Wochen und Monaten ist das Thema der Verkehrsinfrastruktur wieder sicht- und hörbarer auf die Agenda der öffentlichen Diskussionen gekommen. Das liegt unter anderem an den Debatten über den Gesetzentwurf, mit dem Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden sollen. Gestritten wurde darüber, ob der Gesetzentwurf für Projekte der Straßeninfrastruktur (wie etwa die A20) gelten soll. Der Koalitionsausschuss im März sollte Unklarheiten auch zu diesem Punkt beseitigen helfen – und ist ein wichtiges Thema dieses Newsletters.

Für den Förderverein Pro A20 e.V. und die Befürworter der A20 ist die vermehrte öffentliche und politische Auseinandersetzung mit Fragen der Verkehrsinfrastruktur eine gute Gelegenheit, um den großen Nutzen der Küstenautobahn darzulegen. Diese Chance haben wir zum Beispiel im März bei der Vorstellung des Positionspapiers durch das Regionalforum Unterweser genutzt (siehe auch die Berichterstattung in diesem Newsletter). In diesem Jahr werden wir das weiterhin tun.

Die Küstenautobahn ist zum Teil heftigen Attacken ausgesetzt. Als Förderverein sehen wir uns in der Pflicht, diese abzuwehren. Die Chancen stehen nicht schlecht: Auch das zeigt diese Newsletter-Ausgabe.

Der Vorstand wünscht Ihnen eine informative Lektüre dieses Newsletters (nächster Newsletter: im Juni 2023). Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

*Der Vorstand Michael Blach, Vorsitzender  
Michael Appelhans, stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Ralf Meyer, Schatzmeister  
Kai-Uwe Bielefeld, Beisitzer  
Kai Seefried, Beisitzer  
Henning Wessels, Beisitzer  
Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter*



## KOALITIONSAUSSCHUSS DER BUNDESREGIERUNG: FÖRDERVEREIN IST ENTTÄUSCHT UND ERLEICHTERT ZUGLEICH

Der Förderverein Pro A20 e.V. ist von den Verhandlungsergebnissen des Koalitionsausschusses der Berliner Ampel-Regierung einerseits enttäuscht. Andererseits ist er aber auch erleichtert.

Nach Einschätzung des Fördervereins handelt es sich bei der A20 um ein Engpassprojekt, das allein die Umfahrung des chronischen Engpasses Hamburg ermöglichen kann. Und die A20 ist zugleich ein Lückenschlussprojekt. Denn sie beseitigt eine gewaltige Lücke im Fernwegenetz Nordwestdeutschlands und eine Lücke in der verkehrlichen Erreichbarkeit der deutschen Nordseeküste.

### **A20 auch für die Energiewende wichtig**

Insofern hätte der Förderverein Pro A20 e.V. eine Höherstufung und Beschleunigung des Projektes begrüßt. Der Bund hat in einer Liste 144 Beschleunigungsprojekte – ausschließlich so genannte Engpassvorhaben aus Autobahnkreuzen, Bypässen und Fahrspurverbreiterungen – aufgeführt; die A20 wurde nicht berücksichtigt. Aus Sicht des Vereins ist unter anderem die Argumentation der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer schlüssig.

Deren Präsident Jan Müller hatte nach dem Koalitionsausschuss darauf hingewiesen, dass der von der Politik im Zuge der Energiewende viel beschworene Leitsatz „Come to where the Power is“ (Prinzip „Industrie folgt Energie“) nur funktionieren werde, wenn ansiedlungswillige Unternehmen vor Ort eine leistungsfähige Infrastruktur nutzen könnten.

Jan Müller: „Wenn die Zukunft dem Norden gehören soll, dann muss die Politik jetzt auch endlich Ernst und mehr Tempo machen beim Ausbau der Infrastruktur. Sonst bleibt das alles Wunschdenken und auch der Nordwesten nur Durchleiter für erneuerbare Energien, die von der Industrie im Süden genutzt wird.“

Der Förderverein Pro A20 e.V. ist jedoch erleichtert darüber, dass die Küstenautobahn weiter geplant werden wird. Der niedersächsische Verkehrsminister Olaf Lies hat nach dem Koalitionsausschuss erläutert: „A20, A33 und A39 haben nach wie vor durch den aktuellen Bedarfsplan 2016 einen gesetzlichen Planungsauftrag – eingestuft in den Vordringlichen Bedarf. Deshalb werden der Bund und das Niedersächsische Verkehrsministerium die Planungen für dieses Projekt weiter konstruktiv begleiten.“

## 1. BAUABSCHNITT ZWISCHEN WESTERSTEDDE UND JADERBERG: FÖRDERVEREIN ZUM PLANUNGSFORTSCHRITT

Der Förderverein Pro A20 e.V. kommentiert den Planungsfortschritt beim 1. Bauabschnitt zwischen Westerstede und Jaderberg: „Nach der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVG) im Sommer 2022 wurde seitens der Autobahn GmbH im Februar 2023 nunmehr auch das ergänzende Planfeststellungsverfahren (Fehlerheilungsverfahren) für den 1. Bauabschnitt bei der Planfeststellungsbehörde beantragt und anschließend von dort auch eingeleitet. Darüber wurde auch auf der Mitgliederversammlung des Fördervereins im November in Bremerhaven informiert.

### **Planfeststellungsbeschluss noch für 2023 erwartet**

Zu einem Zeitraum für einen Planfeststellungsbeschluss kann die Autobahn GmbH des Bundes keine Aussagen treffen, weil das weitere Verfahren bei der Planfeststellungsbehörde (hier: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr) liegt. Allerdings wird ein neuer Planfeststellungsbeschluss noch für 2023 erwartet. Gegen den könnte juristisch nur noch gegen die vom BVG monierten Punkte vorgegangen werden.

Da es sich um Berechnungs- beziehungsweise Formelfehler handelte, die jetzt korrigiert wurden und im Ergebnis immer noch keine Immissionsgrenzwertüberschreitungen zu erwarten sind, dürfte eine neuerliche Einwendung kein leichtes beziehungsweise sonderlich erfolgsversprechendes Unterfangen sein. Sachlich fachlich sieht es mit diesem Planungsabschnitt also recht gut aus.“

## STÄDTE UND GEMEINDEN DER UNTERWESER:

### POSITIONSPAPIER FÜR DIE A20

#### \* FÖRDERVEREIN BEI DER PRESSEKONFERENZ

Die Mitglieder des Regionalforums Unterweser (RUW) haben bei ihrer 15. Tagung im März in Bremerhaven bekräftigt, wie wichtig der Bau der Küstenautobahn nach ihrer Überzeugung ist. Während einer Pressekonferenz stellten sie ein Positionspapier vor. An dieser Pressekonferenz nahm für den Förderverein Pro A20 e.V.

Vorstandsmitglied und Geschäftsstellenleiter Olaf Orb teil.

Das Positionspapier wird von Bremens Häfensensorin Claudia Schillig und Bremerhavens Oberbürgermeister Melf Grantz (beide SPD) sowie den Landräten der benachbarten Kreise Cuxhaven und Wesermarsch, Thorsten Krüger (SPD) und Stephan Siefken (CDU-Mitglied, aber als unabhängiger Kandidat gewählt) mitgetragen. Außerdem unterstützen es die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden Cuxhaven, Geestland, Nordenham, Hagen, Wurster Nordseeküste, Beverstedt, Butjadingen, Loxstedt und Schiffdorf. Noch vor den Sommerferien sollen die zuständigen Minister, Senatoren und Abgeordneten eingeladen werden. Ziel: Sie sollen ebenfalls ihre Unterschriften unter das Positionspapier setzen.

### **„Wir wollen als Region nicht abgehängt werden“**

Während der Pressekonferenz betonte Melf Grantz: „Wir wollen als Region nicht abgehängt werden.“ Er forderte im Namen des RUW beschleunigte Verfahren, damit die Planung möglicherweise von zehn auf drei Jahre verkürzt werden könne. Ein Moratorium inklusive einer Neubewertung für die bereits beschlossene Küstenautobahn wird abgelehnt.

Das Positionspapier begründet, warum die Küstenautobahn für die Hinterlandanbindung der Seehäfen an der Nord- und Ostsee unerlässlich ist. Das hatte auch Olaf Orb, im Hauptamt einer der Geschäftsführer der Handelskammer Bremen, in seinem Wortbeitrag während der Pressekonferenz herausgestellt. Zusätzlich zur Hinterlandanbindung sei die A20 für die Arbeitskräftegewinnung ein wichtiger Faktor. Auch der Tourismus werde erheblich profitieren, so Orb. Die anliegenden Gebietskörperschaften müssen nach Ansicht von Olaf Orb den genauen Trassenverlauf verbindlich erfahren, damit sie zum Beispiel Gewerbegebiete oder die Standorte von Windparks ausweisen könnten.

Aus RUW-Sicht wird die A20 die wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen der Unterweserregion erheblich verbessern. Sie binde die Industriebetriebe und Hafenstandorte der Region an das Netz europäischer Fernverkehrswege an. Außerdem liefere sie dem Nordseetourismus und der gewerblichen Wirtschaft der gesamten Region wichtige neue Impulse.



## LANGFRISTIGE VERKEHRSPROGNOSE DES BUNDES: GÜTERVERKEHR AUF STRASSE WIRD DEUTLICH WACHSEN

Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing hat im März die Ergebnisse einer langfristigen Verkehrsprognose vorgelegt. Erstellt wurde sie von der Intraplan Consult GmbH und der TTS Trimode Transport Solutions GmbH. Demnach wird der Güterverkehr bis 2051 im Vergleich zu 2019 um fast die Hälfte zunehmen, konkret von 679 auf 990 Milliarden Tonnenkilometer. Bei der Straße wird mit einem Zuwachs um 54 Prozent gerechnet; der Güterverkehr auf der Straße nehme um ein Drittel zu. Laut Prognose steigt der Personenverkehr um 13 Prozent auf fast 1.400 Milliarden Personenkilometer. Auto und Motorrad blieben mit Abstand beliebtestes Fortbewegungsmittel der Deutschen. Mehr als zwei Drittel aller Wege würden damit zurückgelegt. Der Lkw wird einen prognostizierten Anteil von 77,5 Prozent am Modal Split im Güterverkehr erlangen.

### **Strukturwandel erhöht den Verkehr**

Als Hauptgrund für die starke Zunahme des Verkehrs auf der Straße nennt das Ministerium einen Strukturwandel im Güterverkehr. Durch die Energiewende gebe es einen starken Rückgang bei Massen- und Energiegütern wie Kohle, Koks, Mineralölprodukten und Erzen. Diese wurden bisher vor allem auf Schiene und Wasserstraße transportiert.

Großes Wachstum wird bei Gütern prognostiziert, die überwiegend auf der Straße befördert werden. Hierzu zählen Postsendungen (+200 Prozent), Sammelgüter (+91 Prozent) sowie Stückgüter, wie zum Beispiel Nahrungs- und Genussmittel (+29 Prozent).

Bei der Präsentation der Prognose erläuterte Volker Wissing: „Ein vollbeladener Zug, der zuvor rund 2.000 Tonnen Kohle transportierte, erreicht mit Stückgut nur einen Bruchteil hiervon. Bei gleicher zurückgelegter Transportstrecke verliert die Bahn daher Anteile im Modal-Split. Dieser gibt Auskunft über die prozentualen Anteile der Verkehrsmittel an der gesamten Verkehrsleistung. Trotz Annahme von ambitionierten Ausbauplänen stößt die Bahn an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und kann die zusätzlichen Verkehre nicht aufnehmen.“

Darüber hinaus steht Deutschland vor einem klimaneutralen Umbau von mehr als 19 Millionen Wohngebäuden. Dächer und Wände müssten gedämmt, Heizungen und Fenster ausgetauscht werden. Wissing: „Dies erzeugt einen Baustellenverkehr in neuen Dimensionen. Die Anlieferung vor Ort wird nicht mit der Bahn oder dem Binnenschiff erfolgen können.“

Bereits im vergangenen Jahr kam der von dem Verein Pro Mobilität beim IW-Köln in Auftrag gegebene „Faktencheck Güterverkehr“ anhand von Prognosen des Umweltbundesamtes, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Öko-Instituts zu den gleichen Ergebnissen. Laut dieser Studie ist das Potential zur Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene aufgrund verschiedener Transportlängen und -güter stark begrenzt.

Eine Entlastung durch die Schiene sei nur in begrenztem Maße zu erwarten, bestätigt der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL). BGL-Vorstandssprecher Professor Dr. Dirk Engelhardt formuliert: „Unsere Lkw fahren nicht nur so zum Spaß durch die Gegend. Sie haben Güter zu transportieren, mit denen sie die tagtägliche Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft sicherstellen. Dabei werden wir auch in Zukunft das Hauptwachstumssegment im Güterbahntransport – den so genannten Kombinierten Verkehr Straße/Schiene – in seiner Weiterentwicklung mit Nachdruck unterstützen.“

## GESETZENTWURF ZUR PLANUNGSBESCHLEUNIGUNG: „BEDEUTENDER SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG“

Der bereits beschlossene Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren Der Gesetzentwurf greift auf wesentliche Regelungen aus dem LNG-Beschleunigungsgesetz zurück und macht sie für den Verkehrsbereich anwendbar. Der Gesetzentwurf dient auch dazu, die Richtlinie der EU über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) umzusetzen. Deutschland ist verpflichtet, dieser Richtlinie bis zum 10. August 2023 nachzukommen und sie in nationales Recht umzusetzen.

Eine Vielzahl von norddeutschen Schienen-, Straßen- und Wasserstraßenprojekten befinden sich im Vordringlichen Bedarf der Bundesausbaugesetze und sind auch Teil des TEN-V. Vorgesehen ist unter anderem, dass Verfahren priorisiert werden sollen, „wenn ein Bundesgesetz feststellt, dass diese im überragenden öffentlichen Interesse liegen“. In „geeigneten Fällen“ solle ein erster früher Erörterungstermin für eine mögliche gütliche Einigung oder eine Strukturierung des Verfahrens angesetzt werden. In den zu beschleunigenden Verfahren sollen Gerichte angegriffene Mängel außer Acht lassen können, wenn sie davon ausgehen, dass sie in absehbarer Zeit behoben werden; das Gericht muss hier eine Frist setzen. Falls das Gericht einen vorläufigen Stopp von Verfahren anordnet, soll dieser nur auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die unumkehrbare Folgen hätten. Bei dieser Abwägung soll ebenfalls berücksichtigt werden, wenn das Vorhaben per Bundesgesetz als im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegend definiert wird.

#### BESCHLUSS DES FDP-PRÄSIDIUMS: „TURBO“ FÜR DIE VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Das FDP-Präsidium fordert in einem Beschlusspapier „Deutschland beschleunigen – Schneller planen und bauen, Infrastruktur beschleunigen“ den „Turbo“ für die Infrastruktur. Ziel sei es, die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren für alle Verkehrsträger mindestens zu halbieren. Die Infrastruktur wird als „Fortschrittsfundament unseres Landes“ bezeichnet. Allerdings sei sie über Jahre vernachlässigt worden.

Das FDP-Präsidium will unter anderem eine zukunftsfähige und den Bürger-Bedürfnissen angemessene Infrastruktur als Staatsziel in das Grundgesetz aufnehmen. Rechtsunsicherheit durch lange Gerichtsverfahren möchten die Liberalen verhindern: Daher solle die Liste der Projekte, für die das Bundesverwaltungsgericht erstinstanzlich zuständig wäre, um die Bereiche Straße und Wasserstraße ergänzt werden. Planfeststellungen seien stärker zu digitalisieren und bei wesentlichen Verkehrsprojekten eine Vierjahresfrist für das Genehmigungsverfahren notwendig. Darüber hinaus spricht sich das FDP-Präsidium für mehr Standardisierungen im Artenschutz aus. Es solle geprüft werden, wie Ausgleichsmaßnahmen zum Artenschutz vereinfacht und umgesetzt werden könnten - ähnlich der im Frühjahr bei Windenergieanlagen geschaffenen Regelungen.

#### VERBAND DIE FAMILIENUNTERNEHMER: LANDESREGIERUNG SOLL BEI A20 TEMPO MACHEN

Der Verband Die Familienunternehmer hat die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, neben dem Ausbau der Bahnstrecke Alpha-E und dem Bau der A39 die A20 „mit Tempo“ voranzutreiben.

Sie dürfe „nicht nur von der Seite zuschauen oder auf den Bund verweisen“. Nur durch den schnellen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur könne das Land Niedersachsen seine wirtschaftlichen Chancen als Energieland nutzen, so der Verband.

## KÜSTENAUTOBAHN-BAU IN SCHLESWIG-HOLSTEIN: „BESCHLÜSSE HALTEN GERICHTLICHER ÜBERPRÜFUNG STAND“

Die A20 als Ost-West-Magistrale und Umfahrung Hamburgs bleibe für die Landesregierung von Schleswig-Holstein das wichtigste Autobahn-Projekt. Das sagte Staatssekretär Tobias von der Heide aus dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium (Foto) im Februar anlässlich der Vorstellung aktueller Zahlen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Das zuständige Landesamt hatte im Januar eine überarbeitete Baugenehmigung für den beklagten Elb-Abschnitt vorgelegt.



Von der Heide äußerte: „Wir sind überzeugt, dass die Projektgesellschaft Deges im Rahmen der Fehlerheilung alle Aspekte des Umweltschutzes in beispielloser Gründlichkeit abgewogen hat und dieser wie alle weiteren Planfeststellungsbeschlüsse einer gerichtlichen Überprüfung standhalten wird.“ Er sei zuversichtlich, dass auf dem zehn Kilometer langen Abschnitt um Bad Segeberg vor 2025 mit dem Bau begonnen werden könne.

Deges-Bereichsleiter Bernd Rothe ergänzte: „Wir werden bei der Planung der A20 einen großen Schritt weiterkommen, indem wir die Planfeststellungsverfahren für die Abschnitte zwischen Bad Segeberg und der A7 sowie den Abschnitt 7 in Steinburg forcieren.“ Für sechs offene Abschnitte gibt es noch kein vollziehbares Baurecht. Im Umweltbereich sei aber sehr viel getan worden: „Wir sind relativ sicher, dass wir gerichtsfeste Unterlagen haben.“ Für die A20 würden 240 Hektar Fläche versiegelt. Demgegenüber stünden 1974 Hektar für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

## VEREIN PRO MOBILITÄT FORDERT: BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN KONSEQUENT UMSETZEN

Der Verein Pro Mobilität plädiert für eine konsequente Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans. Der Verein setzt sich für Mobilität und leistungsfähige, sichere Verkehrsnetze ein. Die Qualität, Finanzierung und Organisation der Straßen sind dabei Schwerpunkte. Der Kreis der Mitglieder zählt 41 Unternehmen und Verbände. Vertreten sind Automobilclubs, die Automobil- und Bauwirtschaft, Güterkraftverkehr und Logistik, Infrastrukturbetreiber sowie Dienstleistungs- und Digitalwirtschaft.



In einem Statement des Vereins heißt es: „Die Straße ist, mit einem Anteil von über 80 Prozent an der Personen- und mehr als 70 Prozent an der Güterverkehrsleistung, Deutschlands absoluter Hauptverkehrsträger und wird dies gemäß sämtlicher seriöser Verkehrs- und Verlagerungsprognosen auch auf absehbare Zeit bleiben. Dieser Bedeutung gilt es durch vorausschauende Infrastrukturplanung, eine ausreichende Finanzierung und die Beschleunigung von wichtigen Verkehrsprojekten auch zukünftig Sorge zu tragen.“

Der Verein weiter: „Das politisch und ideologisch motivierte Gegeneinander der Verkehrsträger wird das Gesamtsystem langfristig destabilisieren. Dementsprechend gilt es, verkehrsträgerübergreifend an zukunftsfähigen Lösungen für die drängenden Herausforderungen der Verkehrspolitik zu arbeiten, deren Grundlage nicht ideologiebasierte Debatten, sondern realistische und objektive Annahmen darstellen.“



## **GESPRÄCH MIT DEM BUNDESVERKEHRSMINISTER: REGIONALER SCHULTERSCHLUSS ZUR A20**

Vertreter der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer, des Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes Jade (AWV) und des Energy Hub Port of Wilhelmshaven haben sich mit Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing in Berlin zu wichtigen Verkehrsprojekten für die Nordwest-Region ausgetauscht. Im Fokus stand dabei der Lückenschluss der Küstenautobahn A20.

Bundesverkehrsminister Wissing betonte, dass die A20 als vordringliches Projekt im Bundesverkehrswegeplan gesetzt sei und damit seitens des Bundesverkehrsministeriums und der nachgeordneten Autobahn GmbH ohne Verzögerungen weiter geplant werde. IHK-Präsident Jan Müller und AWW-Präsident Tom Nietiedt begrüßten diese klare Haltung für den Infrastrukturausbau. Der Nordwesten habe mit seinen besonders leistungsfähigen und spezialisierten Seehäfen eine nationale Bedeutung für den Industrie- und Außenhandelsstandort Deutschland. Dies gelte auch für die Umsetzung der Energiewende. Der Norden könne seinen Beitrag dazu nur mit der entsprechenden Verkehrsanbindung leisten.  
*Das Foto zeigt v.l.n.r.: Jan Müller, Dr. Volker Wissing und Tom Nietiedt.*

#### CDU-POLITIKER BJÖRN THÜMLER ZUR A20: „WESERMARSCH WIRD PROFITIEREN“

Mehr Engagement für den Bau der A20 – das fordert der CDU-Landtagsabgeordnete Björn Thümler von der Landesregierung und insbesondere vom fachlich zuständigen Wirtschafts- und Verkehrsministerium.

#### **„Landesregierung drückt sich vor klaren Aussagen“**

Grund für diese Forderung aus Sicht des ehemaligen Wissenschafts- und Kulturministers: In einer im Januar erteilten Antwort auf eine Kleine Landtags-Anfrage der CDU-Fraktion hatte die Landesregierung zum Planungsstand der A20 Stellung genommen. Demnach werden unter anderem in der Wesermarsch im Planungsabschnitt 2 von Jaderberg (A29) bis Schwei (B437) der Planfeststellungsbeschluss frühestens 2025 erwartet und im Planungsabschnitt 3 von Schwei (B437) bis östlich Weserquerung (L121) die Planfeststellungsunterlagen aktuell aufgestellt.

Was aber nach Auffassung Thümlers in der Antwort gefehlt habe, sei ein unmissverständliches Bekenntnis zum Bau der Küstenautobahn: „Vielmehr drückt sich die Landesregierung wohl aus Gründen des Koalitionsfriedens vor klaren Aussagen und will die Verantwortung ausschließlich dem Bund zuschustern.“ Das sei jedoch „zu kurz gesprungen“, so Björn Thümler, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Niedersächsischen Landtages.

Die Landesregierung sollte sich stattdessen deutlich zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen des herausragenden Verkehrsinfrastruktur-Projektes positionieren – wie das auch die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein getan habe.

Thümler erinnert daran, dass sich die politische Mehrheit im Kreistag für die A20 ausgesprochen und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Wesermarsch die Vorteile für das Kreisgebiet wiederholt nachgewiesen habe. Björn Thümler meint: „Die Wesermarsch wird von der A20 erheblich profitieren!“

**VEREINSVORSITZENDER MICHAEL BLACH:  
NEU IM VORSTAND DES WIRTSCHAFTSVERBANDES WESER**

Als neues Mitglied im Vorstand des Wirtschaftsverbandes Weser e.V. wurde Michael Blach, Vorsitzender des Fördervereins Pro A20 e.V., gewählt. Michael Blach ist Vorstandsmitglied der BLG Logistics Group AG & Co. KG Bereich Container sowie Vorsitzender der Eurogate-Gruppengeschäftsführung.

Der Verband vertritt die wirtschaftlichen Interessen der Weserregion.

Vorstandsvorsitzender ist der SPD-Politiker Uwe Beckmeyer, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

**Kontakt zum Förderverein Pro A20 e.V.:**

Förderverein Pro A20 e.V.

c/o Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven

Haus Schütting – Am Markt 13

28195 Bremen

Tel.: 0421/36 37 270; Fax: 0421/36 37 274; Mail: [info@pro-a20.com](mailto:info@pro-a20.com)

Website: [www.pro-a20.com](http://www.pro-a20.com)

**Fotos:**

Pixabay (Seite 2 und 5); Verkehrsministerium Schleswig-Holstein (Seite 8); AWV (Seite 9)

**Redaktion des Newsletters:**

Olaf Orb (Förderverein Pro A20 e.V.) und Thomas Klaus (Redaktionsbüro, Geestland)